

Wien, am 29. September 2023

## Auf den Punkt gebracht!

### ZA – INFO

Liebe Funktionärinnen!

Liebe Funktionäre!

#### Kriminaldienstreform

- Wie ihr alle wisst, wurde die Kriminaldienstreform zwischen dem Dienstgeber und dem Zentralausschuss verhandelt.
- Strittige Punkte hat der Minister trotz Bedenken der Personalvertretung allein entschieden und werden nach seinem Wunsch umgesetzt – wir haben berichtet!
- Seitens des Dienstgebers wird seither fleißig an der Umsetzung gebastelt, als ob bereits alles in trockenen Tüchern wäre! Das ist aber nicht so!
  
- Jetzt ist es wichtig, die versprochene „langsame“ Umsetzung auch wirklich mit der zuständigen Personalvertretung (FA und teilweise auch DA) zu verhandeln!
- Lasst es euch nicht gefallen, wenn ihr über Umsetzungsschritte einfach nur „informiert“ werdet! Das war so nicht vorgesehen!
- Jetzt sind die LPD am Zug um z.B. die versprochene Schaffung der KAD (Kriminalassistentenstellen) mit dem Fachausschuss zu verhandeln.
- Denkt daran: Jeder von euch eingebrachte Antrag löst wiederum das B-PVG aus und ist zu bearbeiten!!

**Jetzt ist es wichtig, dass der Informationsaustausch zwischen uns Funktionär:innen bis hin zu den Dienststellenausschüssen funktioniert und wir unsere Möglichkeiten im Rahmen des B-PVG ausschöpfen!**

#### LVT – Reform

- Es geht munter weiter mit den Reformen. Die LVT-Reform soll mit 1.1.2024 umgesetzt werden.

FSG Homepage



**Dein FSG-Team im Zentralausschuss**

Bundesministerium für Inneres, 1010 Wien, Herrngasse 7 [www.fsg4you.at](http://www.fsg4you.at)  
Tel.: +43 (0)664/3230277 E-Mail: BMI-ZA-FSG@bmi.gv.at

FSG-APP



Apple



Google

- In bisher zwei Besprechungen wurde uns im Zentralausschuss das Vorhaben der Reform mitgeteilt.
- Die wichtigsten Kernbereiche der Reform sind:
  - Personen und Objektschutz
  - Flughafensicherheit in Kombination mit Terrorismusbekämpfung
  - Aufteilung der IT in Forensik und Ermittlung (hier werden Synergieeffekte mit der BK-Reform genutzt)
  - Gefährdungs- und Risikomanagement
  - Prävention
  - Software / Aktenverwaltung
  - Ausbau von Vertrauenspersonen
- Insgesamt besteht ein Mehrbedarf von 161 Planstellen inklusive Wien. Diese müssen im BMKÖS noch bewilligt werden!
- Die Landesämter werden in „Landesämter Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE)“ umbenannt.

**Die Änderungen wurden mit den Landesvorsitzenden besprochen. Es gab keine Einwände dagegen und der Reform wurde in der ZA-Sitzung im September zugestimmt.**

## **Direkte Verrechnung der Nächtigungs- und Verpflegungskosten durch die Dienstbehörde bei Aus- und Fortbildungen bzw. bei Seminaren**

- Wir wollen, dass bei dienstlichen Seminaren eine direkte Zahlungsabwicklung der gesamten Verpflegungs- und Nächtigungskosten durch den Dienstgeber erfolgt.
- Laut BMI scheitert dies jedoch am Fehlen von diversen Detailbudgets.
- Die Verrechnung, je nach betroffener Dienststelle bzw. der jeweiligen Teilnehmer:innen, gestaltet sich deshalb schwierig und ist nur über eine eigene Kostenstelle möglich.

**Zu diesem Thema sind noch einige Antworten des BMI ausständig!  
Übrigens: Wir fordern schon lange eine Erhöhung der Tarifsätze in der RGV!**



## Recruiting/Neuaufnahmen

- Einige unserer Forderungen wurden bei der Rekrutierung bereits berücksichtigt (Klimaticket, kostenloser Führerschein, Auszahlung von Bewerberprämien udgl.)
- Viele Punkte sind jedoch noch offen, die sicherlich dazu beitragen würden, das Berufsbild „Polizist“ attraktiver zu gestalten (Anrechnung von Vordienstzeiten, Nachsicht des Bundesheeres, Kinderbetreuungsstellen u.v.m.)
- Ob es sinnvoll ist, den Sporttest erst NACH erfolgter Aufnahme positiv zu absolvieren, sei dahingestellt.
- Das leidige Thema der Tattoos wird der Minister alleinig entscheiden. Welche Probleme dadurch entstehen – auch für das bereits bestehende Personal – darf abgewartet werden.

**Der Erlass wurde größtenteils zur Kenntnis genommen. Einige strittige Punkte werden noch mit dem Minister verhandelt. Wir werden sehen, welche Änderungen in der Praxis erforderlich sind.**

## Ermittlungs- und Beschwerdestelle für Misshandlungsvorwürfe – kurz „Meldestelle für Polizeigewalt“

- Wie ihr wisst, hat diese Regierung im BMI eine eigene Organisationseinheit für die Ermittlung bei Misshandlungsvorwürfen geschaffen.
- ANMERKUNG: Derartige Ideen gab es bei einer Regierungsbeteiligung der SPÖ noch nie und diese hat auch bei dieser Meldestelle NICHT zugestimmt!
- Die FSG forderte in mehreren Anträgen, dass bestimmte „Begleitmaßnahmen“, welche in den Erlässen des BMI ohne Gesetzesänderung umgesetzt werden können, auch umgesetzt werden.
- 1.: Beschuldigte Bedienstete sollen ungehindert zu Kursen zugelassen werden, um deren Karriere nicht zu gefährden. Für nachträglich schuldig Gesprochene kann man im Nachhinein noch entsprechende Maßnahmen setzen.
- 2.: Ein laufendes Disziplinarverfahren soll kein absoluter Ausschlussgrund für eine Planstellenbewerbung darstellen. Der Passus soll daher aus den Interessentensuchen

FSG Homepage



**Dein FSG-Team im Zentralausschuss**

Bundesministerium für Inneres, 1010 Wien, Herrngasse 7 [www.fsg4you.at](http://www.fsg4you.at)  
Tel.: +43 (0)664/3230277 E-Mail: BMI-ZA-FSG@bmi.gv.at

FSG-APP



Apple



Google

herausgenommen werden. Bei Schuldigsprechungen kann man im Nachhinein entsprechende Maßnahmen setzen.

- 3.: Belohnungen sollen umgehend nach Freisprechung ausbezahlt werden. Unschuldige Suspendierte erhalten keine pauschalisierten Nebengebühren. Nach Freisprechung sollen diese umgehend nachbezahlt werden.

**Warten wir ab, wie sich die Angelegenheit weiterentwickelt und wo „Nachbesserungen“ notwendig sind!**

## Notrufbearbeiter: innen bei Landesleitzentralen (LLZ)

- Entgegen unserer Bedenken ist ein Probetrieb der Notrufbearbeiter:innen in den LLZ in Vorarlberg, Tirol und Salzburg vorgesehen.
- In einem zweiten Schritt könnte Wien zusätzlich eingebunden werden!
- Derzeit gibt es noch Probleme betreffend der Bewertungen die im BMKÖS noch abgeklärt werden müssen. Dann startet der Probetrieb.
- Unsere Bedenken:
  - Im zuletzt umgesetzten Projekt wurden E2a-Bewertungen geschaffen, mit der Argumentation, dass es sich um eine wesentliche Führungsleistung handle,

Notrufe von Menschen entgegenzunehmen und den Streifendienst im Bundesland zu steuern.

- Ein Umschwenken auf kurz ausgebildete Mitarbeiter ohne praktische Polizeierfahrung wäre ein Paradigmenwechsel.
- Der Einsatz des Notrufdisponenten ist der unmittelbare Kontaktpunkt in der Außenwirkung zu den hilfeschuchenden Menschen. Hier gilt es mit polizeilicher Erfahrung vorzugehen!
- Polizeiliche Notrufe/Einsätze sind oft erheblich komplexer als jene von Rettungsleitstellen mit klaren Abfragealgorithmen (Atmung, Puls, Blutung udgl.)
- Operative Kräfte erwarten, dass sie von erfahrenen Disponenten mit polizeilicher Ausbildung geleitet und unterstützt werden.
- Eine Mischung von Vertragsbediensteten und Exekutivbediensteten in der Leitstelle, welche dieselben Aufgaben zu bewältigen haben, aber erheblich unterschiedlich besoldet werden, erzeugt zwangsläufig Spannungsfelder in der Mannschaft.



**Gegen dieses derzeit vorgelegte Modell bestehen unsererseits große Bedenken und wird vermutlich nicht unsere Zustimmung finden!**

## Objektschutzpolizei

- Dieses Thema betrifft derzeit nur Wien.
- Unserer Meinung nach wäre eine gesetzliche Änderung notwendig, bei der die Objektüberwachung gänzlich dem Bundesheer übertragen wird.
- Mit der Objektschutzpolizei wird eine „vierte Form“ der Polizeiausbildung geschaffen, was unserer Meinung nach zu großen Problemen führt.
- Zähneknirschend und mangels vorhandener anderer Optionen, haben wir im ZA einstimmig diesem Vorhaben zugestimmt. Dies deswegen, weil ansonsten der Eindruck entstehen könnte, das Personalproblem in Wien sei uns egal.
- Warten wir einmal ab, wie sich die Rekrutierung des Personals gestaltet.
- Einige Details aus dem Erlass:
  - Für die Objektschutzpolizei ist eine blaue Polizeiuniform mit Distinktionen der FGP vorgesehen und einer Aufschrift mit Klettverschluss „Objektschutzpolizei“.
  - Deren Befugnisse werden durch interne Weisungen definiert.
  - Die Einsatzabteilung kümmert sich um die Einteilung.
  - Die ersten 50 Bediensteten werden auf die meistbelasteten PIs verteilt werden, wobei sie NICHT zum systemisierten Stand zählen – ein weiteres Problem!

**Uns wurde mitgeteilt, dass, wenn dieses Projekt nicht wie geplant funktioniert, es beendet wird und die vorhandenen Bediensteten können entweder bei entsprechender Eignung in die Polizei (Anmerkung: inkl. Verwaltung) übernommen werden, oder deren Sondervertrag wird beendet.**

**Wir glauben nicht, dass es so einfach ist, die Bediensteten dann zu entlassen!!**

## PV – Wahlen 2024

FSG Homepage



**Dein FSG-Team im Zentralausschuss**

Bundesministerium für Inneres, 1010 Wien, Herrngasse 7 [www.fsg4you.at](http://www.fsg4you.at)  
Tel.: +43 (0)664/3230277 E-Mail: BMI-ZA-FSG@bmi.gv.at

FSG-APP



Apple



Google



- Mit 1. Oktober 2023 erhalten die Landesvorsitzenden und die Vorsitzenden der DA-Zentralstellen wiederum die Kandidatenlisten für die Reihung der in ihrem Zuständigkeitsbereich fallenden DA-Kandidat:innen.
- Auch wenn die Wahl noch weit weg erscheint, sind die Teams JETZT zu bilden.
- Es darf uns nicht passieren, dass die Kolleg:innen nicht die Möglichkeit haben die FSG zu wählen.
- Ihr seid es vor Ort, die das Bild der FSG prägen – DANKE dafür!

**ACHTUNG: Noch 61 Wochen bis zur PV-Wahl 2024**

**Alles Gute, bis zum nächsten Mal, wünscht euch**

**Martin NOSCHIEL und sein Team**

**KOMPETENT**

**SACHLICH**

**HILFSBEREIT**

**LÖSUNGSORIENTIERT**

FSG Homepage



**Dein FSG-Team im Zentralausschuss**

Bundesministerium für Inneres, 1010 Wien, Herrngasse 7 [www.fsg4you.at](http://www.fsg4you.at)  
Tel.: +43 (0)664/3230277 E-Mail: BMI-ZA-FSG@bmi.gv.at

FSG-APP



Apple



Google